

Abgeordnete fordern Kreisverwaltung heraus

Es geht um nicht weniger als um die Betreuung von rund 500 hilfebedürftigen Kindern in gefährdeten Familien in Märkisch-Oderland und um eine angemessene Vergütung der freien Träger, die deren ambulante Fürsorge übernommen haben.

Es geht aber auch um nicht weniger als um die Umsetzung von Beschlüssen von Kreistags-

Ausschüssen durch die Kreisverwaltung, wozu sie laut Kommunalverfassung verpflichtet ist.

Dazu entfachte sich im Oktober im Kreistag eine heftige Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten und Verwaltung.

Auslöser bildete ein Antrag der LINKEN, mit dem sie die Verwaltung aufforderte, endlich einen vom Jugendhilfeausschuss gefassten Beschluss vom Januar zu erfüllen,



Bild: fotolia.com/knescke

den, der auf die Erhöhung der Stundensätze für die freien Träger abzielte, entsprechend gestiegener Kosten für indirekte Leistungen bei der Betreuung der Kinder. Uwe Salzwedel, Fraktionsvorsitzender der LINKEN und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, machte in der hitzigen Diskussion deutlich, unter welchem finanziellen Druck die freien Träger bei der so wichtigen Aufgabe stünden. Viele

Gernot Schmidt (SPD) verwies darauf, dass im Haushalt die benötigten Ausgaben von zusätzlich rund 700 000 Euro nicht vorgesehen seien.

Schließlich einigte sich der Kreistag darauf, in einer zeitnahen Beratung mit dem Landrat eine Lösung für die dringend erforderliche Sicherheit der freien Träger zu finden.

Renate Adolph



Im wirtschaftsstarke n Deutschland ist jeder fünfte Mensch von Armut betroffen. In Brandenburg ist es jedes

fünfte Kind. Das Thema werde häufig verdrängt, erklärte die Landtagsabgeordnete **Bettina Fortunato** anlässlich des von den Vereinten Nationen bestimmten „Internationalen Tages für die Beseitigung von Armut“ am 17. Oktober.

Endlich umverteilen!

„Wir sehen die Folgen der verheerenden Politik zugunsten der Gewinnmaximierung der Wirtschaft: Viele werden ärmer und wenige immer reicher. Um die Ungerechtigkeit zu korrigieren, ist eine Umverteilung notwendig“, appellierte die Abgeordnete aus Märkisch-Oderland. Eine höhere Besteuerung von Millionen-Einkommen und -Erbchaften sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer seien erforderlich. Nur so könne wirklich etwas gegen Armut getan werden.

DIE LINKE fordere seit langem für Deutschland und Brandenburg eine umfangreiche Reform des deutschen Sozialstaates. Dazu seien eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro sowie eine Kindergrundsicherung als eine Leistung notwendig – statt einzeln Kindergeld, Kinderzuschlag und Grundsicherung – die das Wohlbefinden der Kinder unabhängig von ihren Eltern garantiere.



LINKE kommunal

Zu einem Workshop über linke Kommunalpolitik hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende September nach Bernau eingeladen. Ausgangspunkt bildeten 72 Interviews, die Rebecca Wandke und Ronald Höhner zuvor in einem Mapping zusammengefasst haben. Mit den Ergebnissen wollen die Autoren zur Selbstreflexion und Inspiration von linken Kommunalpolitikern beitragen.

Eine Mehrheit der Befragten charakterisierten zum Beispiel linken **Politikstil** als:

- auf soziale Gerechtigkeit gerichtet
- teilhabeorientiert, Einbeziehung von Betroffenen in Politik, nicht für, sondern mit den Menschen, Unterstützung des Ehrenamtes
- Abgehängte im Fokus, kümmern, Schwache unterstützen

- die Gesamtbevölkerung/„alle“ im Blick, Politik für viele
- Transparenz
- im Bündnis mit Zivilgesellschaft und Bewegung
- Zusammendenken von sozial und ökologisch.

Als **Zweck** linker Kommunalpolitik gaben viele der Interviewten an:

- Erhalt öffentlichen Eigentums und Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge
- Betonung eines toleranten, gleichheitsorientierten und unterstützenden Zusammenlebens in der Kommune, Erhalt und Gestaltung von Vielfalt
- Verknüpfung lokaler Politik mit großen Entwürfen, etwa durch Aufzeigen von Zusammenhängen, Offenlegung von programmatischen Begründungen der eigenen Politik, Kommunalpolitik als Inszenierung erster konkreter Schritte zum größeren Ziel
- Leben linker Werten, wie Tarifgebundenheit, Emanzipation, Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Minderheitenschutz usw.

Als linke **Persönlichkeit** bezeichnen die Meisten:

- linke Authentizität (sich bekennen, glaubwürdig sein, charakterfest, Mut Persönlichkeit zu zeigen)
- Ganzheitlichkeit im Verhalten: mit Herz, Bauch und Verstand
- Privilegien und Ressourcen zur Verfügung stellen

- solidarisch, Anwält*in der Schwachen, Sprachrohr für die ohne Stimme
- präsent und verankert in der Gesellschaft, auch jenseits der Partei
- kooperationsbereit und bündnisorientiert, offen für breite Zusammenarbeit
- bescheiden, demütig und respektvoll, auf Augenhöhe, machtkritisch
- konsequent gegen rechts und minderheitensensibel
- im Dienst der Sache, kompetent, verlässlich und beharrlich
- unideologisch, nicht belehrend, andockfähig an Alltagsverstand, Sprache, Denkweise einer breiten Bevölkerung.

Als typisch linke **Themen** in der Kommunalpolitik wurden in absteigender Häufung benannt:

- soziale Infrastruktur, soziale Dienste, Gesundheitsversorgung
- Freiraumprojekte und Umnutzungskonzepte
- kostengünstiger, -loser ÖPNV
- Jugendarbeit/Jugendzentren
- Wohnen für alle
- Subkultur und vergünstigte Kulturtickets
- Schule/Gemeinschaftsschule/Lehrmittel.

Das ausführliche Mapping findet sich unter: <https://www.rosalux.de/stiftung/afpb/bildung-fuer-die-politische-praxis/mapping-linke-kommunalpolitik/>

Wahldebatte und Karl Liebknecht in Seelow



Tobias Bank bei der Eröffnung seiner Ausstellung über Karl Liebknecht

Bei einem Klubgespräch im Seelower LinksTreff diskutierten rund 40 TeilnehmerInnen im Oktober gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato und dem Mitglied des Bundesvorstandes der LINKEN Tobias Bank die Ergebnisse und Landtags- der Kommunalwahlen in Brandenburg. In der lebhaften Debatte wurden vor allem Konsequenzen für die Arbeit und die zukünftige Politik der Linkspartei im Land und in den Kommunen beraten. Ausführlich ging es dabei um die Wahrnehmung der LINKEN in der Öffentlichkeit und um die Tätigkeit unserer Abgeordneten, die immer mehr von wenigen Aktiven getragen werden müsse. Diskutanten äußerten, dass sich die Partei wieder mehr ihren Grund-

themen wie Frieden und Veränderung der Gesellschaft widmen sollt. Auch eine bessere Darstellung und Benennung des Erreichten durch DIE LINKE seien erforderlich. Eine Vernachlässigung des ländlichen Raumes, unserer Heimat, dürfe nicht geschehen. Zudem sollten die Probleme der im Oderbruch lebenden und arbeitenden Menschen mehr Beachtung finden. Soziales und Ökologisches müssten als Ganzes betrachtet und behandelt werden.

Im Anschluss an die Diskussion wurde in den Räumen des LinksTreffs eine von Tobias Bank sehr ansprechend gestaltete Ausstellung über Karl Liebknecht eröffnet, die noch bis zum 15. Dezember zu sehen ist.

Doris Richter
Seelow

Immer mehr Brandenburger müssen zu Tafeln

Immer mehr Bedürftige sind auf Lebensmittel von den Tafeln angewiesen, vor allem Senioren und Kinder. Die Zahl der Menschen, die die Angebote regelmäßig in Anspruch nehmen, ist nach einer jüngsten Erhebung innerhalb eines Jahres um zehn Prozent auf 1,65 Millionen in Deutschland gestiegen. Dazu erklärt die Landtagsabgeordnete **Bettina Fortunato**:

Die Nachfrage steigt immens – auch in Brandenburg. Erst kürzlich haben Tafeln in Seelow (Märkisch-Oderland) und Oderberg (Barnim)

ihren Dienst aufgenommen. „Dieser Armutsbefund ist alarmierend und muss mit aller Kraft bekämpft werden. Niemand darf im Alter auf Almosen in einem reichen Land wie Deutschland angewiesen sein. Denn die Menschen fühlen sich abgehängt, allein gelassen und gedemütigt. Wir müssen dafür sorgen, dass jeder Mensch in Würde leben kann. Dazu gehört auch, sich eigenständig mit Lebensmitteln versorgen zu können.“

Gerade in den ostdeutschen Bundesländern sind

es immer mehr Rentner, die ohne diese zusätzliche Unterstützung nicht über den Monat kommen. Die Gründe dafür sind bekannt: die Folgen der Wende, die Abwicklung einer ganzen Volkswirtschaft, gebrochene Erwerbsbiographien sowie Arbeitslosigkeit. Die wachsende Zahl der Tafeln und ihrer Kunden seien ein deutliches Signal für wachsende Armut. Deshalb forderte DIE LINKE eine armutsvermeidende solidarische Mindestrente in Höhe von 1200 Euro sowie einen Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde, der Altersarmut verhindert.

„Fridays for Future“ in der Linksfraktion



Vertreter*innen von „Fridays for Future“ Brandenburg waren im Oktober bei der Linksfraktion im Landtag zu Gast. Mit den Fraktionsvorsitzenden, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter, sowie dem parlamentarischen Geschäftsführer,

Thomas Domres, berieten sie, wie klimapolitische Forderungen der Bewegung so umgesetzt werden können, dass nicht ausgerechnet Menschen mit wenig Geld für die Lasten aufkommen müssen. Außerdem ging es um die Beteiligung der Zivilgesellschaft am Klimaschutz und der Rückhalt für der Bewegung in den Schulen. Diskutiert wurde zudem darüber, wie klimapolitische Belange in die Landtagsarbeit und in kommunale Aktivitäten einfließen können. Die Linksfraktion wird weiterhin mit den Aktivist*innen in Kontakt bleiben, um sich über klimapolitische Fragen auszutauschen.

Merkels Mogelpackung

Bei der Weltklimakonferenz Anfang Dezember in Madrid will Kanzlerin Merkel glänzen. Während die SPD über die Zukunft der GroKo entscheidet, soll ankommen: Schaut her, wir handeln. Und das, obwohl die Regierung nur ein klägliches Klimapäckchen geliefert hat. Als „positiv“ und „erfreulich“ wird das Klimapaket gut gelaunt gelobt – vom Verband der Automobilindustrie und dem Mineralöl-Wirtschaftsverband.

Wir wollen, dass alle rechtzeitig erfahren: Merkels Klimapaket ist und bleibt eine Mogelpackung.

Kurz vor der Konferenz, am Freitag, dem 29. November, lassen wir den nächsten großen Klimastreik steigen – mit Millionen weltweit. Gemeinsam mit „Fridays for Future“, Umwelt- und Sozialverbänden planen wir die nächste ganz große Aktion für den Klimaschutz. Von Kiel bis Garmisch-Partenkirchen organisieren die Jugendlichen zurzeit Bühnen, Demo-Routen und Aktionen. Helfen Sie, dass der Protest riesig wird – mit selbstgemalten Plakaten und Flyern, mit witzigen und kreativen Sprüchen bei Ihnen vor Ort! Hängen Sie ein Plakat im Buchladen oder Sportverein auf. Legen Sie Flyer in der Kita oder Ihrem Lieblingscafé aus. So wird der Protest richtig groß. Materialien auch unter compact.de erhältlich.

1,4 Millionen gingen bereits am 20. September fürs Klima auf die Straße – und nichts passierte. Wir müssen beim nächsten Protesttag wieder richtig viele sein. Schon in der Anti-Atom-Bewegung galt: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen!“ Nirgendwo trifft das mehr als im Kampf gegen die Klimakrise zu. Die Kinder und Jugendlichen streiken für ihre Erde – und wir demonstrieren mit ihnen für die Zukunft. Seien Sie dabei!

*Inken Behrmann
Compact e. V.*

Für eine klimagerechte Landwirtschaft

Wenn das Klimakabinett die Klimaschutzziele für die Landwirtschaft vorwiegend beim Thema Energieeffizienz sieht, hat sie die ernste Situation verkannt. Die höchsten Emissionen in der Landwirtschaft kommen aus der Düngung einschließlich der Lagerung von Wirtschaftsdünger und aus der Haltung von Wiederkäuern. Die Verstärkung der energetischen Nutzung von Wirtschaftsdünger ist sicher sinnvoll, aber allein technische Lösungen werden die Systemursachen nicht beheben – aber genau das forderte der globale Klimastreik völlig zu Recht.“ So kommentiert **Dr. Kirsten Tackmann**, agrarpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, das jüngst beschlossene Klimapaket der Bundesregierung.

„Auch die Landwirtschaft als Mitverursacherin und gleichzeitig vom Klimawandel Betroffene muss aus eigenem Interesse ihren Beitrag zu mehr Klimaschutz leisten. Problemverschärfend sind aber die weltweit agierenden



Verarbeitungs- und Handelskonzerne, die einen Großteil der Treibhausgasemissionen verursachen. Landwirtschaft darf nicht länger eine möglichst billige Warenproduktion für einen sozial und ökologisch blinden Weltmarkt sein, in dem sich Saatgut- und Pflanzenschutzmittelhersteller, Schlachtkonzerne, Großmolkereien und der Lebensmitteleinzelhandel eine goldene Nase verdienen und dem Klima auf unser aller Kosten schaden. Die Linksfraktion fordert daher eine regionale, auf das Gemeinwohl orientierte Ausrichtung der Agrarpolitik, die Rückkehr zur Kreislaufwirtschaft mit flächengebundener Tierhaltung, regionaler Futtermittelproduktion und ein klimafreundliches Ernährungssystem.“

Den Klimanotstand anerkennen

Der Amazonas-Regenwald in Südamerika brennt lichterloh. Die Gletscher von Island bis Indien schmelzen ab. In Ostafrika leiden Zehntausende Familien an Dürre-Hunger. Inselbewohner in Ozeanien suchen sich neue Häuser auf dem Festland, weil ihre Heimat im Ozean versinkt. In Deutschland werden die Deiche erhöht. Das Geschäft mit Klimaanlagen boomt.

Ein Jahr nach dem anderen bringt einen neuen, historischen Hitze-Rekord, egal ob in Berlin oder Bayern. Am 25. Juli 2019 wurde an mehreren deutschen Wetterstationen die 40-Grad-Marke geknackt.

Schließlich wurde in Lingen im Emsland der deutsche Allzeithitzerekord von 42,6 Grad gebrochen. Die Klimakrise ist in ganz Europa angekommen. Auch in Spanien, Frankreich und in Skandinavien grillte eine nie dagewesene Rekordhitze Mensch, Natur und Tier. Neue nationale Hitzerekorde wurden in Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg aufgestellt.

Die Experten vom Deutschen Wetterdienst (DWD) sind sich einig: Die Auswertung der Stationen zeigen „eine

Abweichung von der internationalen Referenzperiode 1961 bis 1990 im Juli 2019 im Deutschlandmittel um zwei Grad“.

Eine Analyse durch die Superrechner des WWA-Forschungsnetzwerkes zur Berechnung des Zusammenhangs von Wetter und Klima ergab, dass das Ausmaß der Juli-Rekordhitze „ohne den Klimawandel extrem unwahrscheinlich“ gewesen wäre.

Für die Fraktion DIE LINKE muss es jetzt ganz klar heißen: Klimanotstand für Deutschland anerkennen! Der Klimaschutz muss ganz oben auf die politische Agenda. Sofortmaßnahmen bei Hitze für die Menschen wie das Aufstellen kostenloser Wasserspender kostenfreier Schwimmbadbesuch für Haushalte mit geringem Einkommen sowie Energiekonzerne verstaatlichen und den baldigen Kohleausstieg, sozial abgesichert, außerdem einen öffentlich finanzierten kostenlosen Bus- und Bahnverkehr in den Städten.

*Lorenz Gösta Beutin
Fraktion DIE LINKE im Bundestag*

Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)

Bürgerbüro Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Bettina Fortunato (MdB)

Bürgerbüro Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen

www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

Öffnungszeiten:

Die. 9.30 - 11.30 Uhr
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:

Mo. - Do. 9.00 - 12.00 Uhr

E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

Linkstreff

Linkstreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:

Mo. - Do. 9-12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
1. Dezember 2019

Erscheinen

der nächsten Impulse:
15. Dezember 2019



Die Brandenburger LINKE hat nach der Invasion türkischer Truppen in das kurdisch-kontrollierte Gebiet in Nordsyrien zu einer Solidaritätskundgebung am 24. Oktober aufgerufen. Vor dem Lothar-Bisky-Haus, der LINKEN-Geschäftsstelle in Potsdam, berichtete Andreas Büttner, Mitglied des Landesvorstandes und Landtagsabgeordneter, in einer kurzen Ansprache über die brutale Vertreibung der Zivilbevölkerung aus der von der Türkei beanspruchten Sicherheitszone. Das Agieren der USA sowie die Verhandlungen zwischen Syrien, Russland und der Türkei führten dazu, dass die Türkei die Ziele ihrer klar völkerrechtswidrigen Aggression durchsetzen könne und die kurdische Zivilbevölkerung aus ihren Städten und Dörfern in die Wüste vertrieben würde. Büttner verurteilte in diesem Zusammenhang scharf das Agieren der Bundesregierung, die lediglich neue Verträge über Waffenlieferungen ausgeschlossen habe, laufende Lieferungen aber ebenso wenig stoppe wie die sonstigen wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei. Der türkische Präsident Erdogan müsse vor dem internationalen Gerichtshof zur Verantwortung gezogen und die Türkei aus der NATO ausgeschlossen werden, forderte er. Landesvorsitzende Anja Mayer unterstrich, DIE LINKE werde sich auch weiterhin für eine friedliche Lösung und die unverzügliche Wiederherstellung des Autonomiestatus der kurdischen Gebiete einsetzen.



Die 3. Tagung des 6. Landesparteitags der LINKEN Brandenburg wird am **14. Dezember 2019** in **Potsdam** stattfinden. Im Mittelpunkt steht die Auswertung der Landtagswahl 2019. Außerdem werden die Vertreter*innen des Landesverbandes für den Bundesausschuss der LINKEN gewählt.

Die Ergebnisse des Wahljahres 2019 haben verdeutlicht, dass sich die Gesellschaft tiefgreifend verändert hat. Als LINKE müssen wir unseren Platz und unsere Aufgabe in dieser Gesellschaft ein Stück weit neu bestimmen. Unmittelbar nach der Landtagswahl haben wir mit Genoss*innen in den Kreisverbänden, in Arbeitsgemeinschaften, Basisorganisationen und auf fünf Regionalkonferenzen einen intensiven Diskussionsprozess begonnen. Die Ergebnisse werden direkt in den Landesparteitag im Dezember einfließen.

Landesvorstand DIE LINKE. Brandenburg

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato, Tel. 03341-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, renate@adolph.de,

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat




Klimaschutz, zivile Infrastruktur und Sozialausgaben einzusetzen!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe. Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme, so der Aufruf

Zu bundesweiten Protesten gegen Bundeswehr-Werbeveranstaltungen am **12. November** hatten gemeinsam der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden zu bundesweiten Protesten aufgerufen. Sie fordern:

Statt Milliarden Euro für die Rüstung die Mittel für

 DIE LINKE. Hoppegarten lädt ein:
Der Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss
Bilanz und Aktualität
mit dem Obmann der LINKEN,
Dr. Volkmar Schöneburg
29. November, 18 Uhr, Haus der Generationen
Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten

 **Über Russland heute spricht Kerstin Kaiser**, Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf Einladung des Vereins „alternativen denken“ am
4. Dezember, 18 Uhr, Steremat,
Wirtschaftsweg 71, 15344 **Strausberg.**

 **Sprechstunde mit Bettina Fortunato**
Mit der Landtagsabgeordneten kann man am **13. Dezember von 15 bis 18 Uhr** ins Gespräch kommen und
ab dem 10. Januar 2020 jeden 2. Freitag im Monat, in der Geschäftsstelle der LINKEN, Große Straße 45, 15344 **Strausberg.**
Zudem findet hier immer **am Freitag von 9 bis 12 Uhr** das traditionelle Frühstück der LINKEN zum Erzählen und Beraten statt.